

Bern, 22. November 2012

**An die Berner Print- und elektronischen Medien  
Redaktion Kanton Bern**

**Erfolgreiche Kundgebung gegen Sparpolitik im Kanton Bern**

## **350 Menschen gegen Abbauwahn im Kanton Bern**

**Unter dem Motto „So nicht. Nein zur Abbaupolitik“ haben auf dem Berner Rathausplatz heute 350 Personen gegen die drohenden Sparmassnahmen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich protestiert. Der beeindruckende Aufmarsch an der kurzfristig einberufenen Kundgebung zeigt den grossen Unmut vieler Menschen im Kanton Bern gegenüber der Spar- und Abbaupolitik. Viele Sparmassnahmen beeinträchtigen nicht nur die Lebensqualität im Kanton Bern, sondern dürften statt der erhofften finanziellen Entlastung im Gegenteil eine Belastung bewirken.**

Auf dem Berner Rathausplatz haben sich heute über 500 Personen an der Kundgebung „So nicht: Nein zur Abbaupolitik“ beteiligt. Die Kundgebung wurde von der Gewerkschaft VPOD und den Berufsverbänden SBK und VSAO organisiert. Die Grossrätinnen und Grossräte wurden mit einem Flugblatt und einem Schokolade-Sankt-Nikolaus aufgefordert, insbesondere die Sparmassnahmen bei der Erziehungsdirektion und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion abzulehnen und die nötigen Mittel für die ursprünglich budgetierte Lohnrunde zur Verfügung zu stellen.

In verschiedenen Ansprachen wurden die Sparmassnahmen aus der Perspektive der betroffenen Leistungsangebote und Institutionen beleuchtet. Der vorgeschlagene Abbau bei der Psychiatriever-sorgung unterminiert beispielsweise die von der Politik angestrebte Umlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich; diese würde mittelfristig Einsparungen ermöglichen, welche mit der übereilten Sparmassnahme nun in Frage gestellt werden. Die Kürzungen bei den Musikschulen und bei den Gemeinschaftszentren bedeuten eine deutliche Verschlechterung des Leistungsangebots zugunsten der Bevölkerung. In städtischen Gebieten stellen die Gemeinschaftszentren ein unverzichtbares Integ-rationsangebot dar, welches viel zu einer hohen Lebensqualität beiträgt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Die Kürzung der Mittel bei Universität, Fachhochschule und Pädagogischer Hochschule stellen nach dem Lektionenabbau an der Volksschule im Jahr 2011 eine weitere inakzep-table Kürzung zulasten der Zukunftsfähigkeit und der Jugend dar.

Die Teilnehmer/innen an der Kundgebung kritisierten schliesslich die vorgeschlagene Nullrunde bei den Löhnen. Angesichts der massiv angeschlagenen Konkurrenzfähigkeit des Kantons Bern auf dem Arbeitsmarkt zielt diese Massnahme zu 100% in die falsche Richtung. Der Personalmangel im Ge-sundheitswesen, der gerade in der Psychiatrie besonders gravierend ist, wird so noch verschärft. Der Frust des Personals der Zentralverwaltung, der Lehrerschaft und der subventionierten Institutionen mit der ungenügenden Lohnpolitik wird immer grösser. Die Verbände VPOD, SBK und VSAO kündigten an der Protestaktion vor dem Rathaus an, dass am 16. März 2013 eine grosse Kundgebung gegen die Abbaupolitik auf dem Berner Bundesplatz stattfinden wird.